

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

25.3.1927 (No. 71)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. e. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— M., einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Werbungen tarifmäßiger Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Anwartschaft auf die Zeitung, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Die Siedlungsfrage, der man auch in Baden gesteigertes Augenmerk zuwenden muß, ist in der Tat für unser Volk eine Lebensfrage. Die Erwerbskrise ist nach diesem Krieg so eng geworden, daß jeder einzelne, sei es mittelbar oder unmittelbar, davon berührt wird. Und wenn nach Brot und Arbeit Umschau gehalten wird, so drängt sich naturgemäß der Gedanke auf, wo für unser Volk ohne Raum noch Möglichkeiten im eigenen Lande sich finden lassen. Für dieses deutsche Problem können zweifellos in den dünn besiedelten Gegenden des Ostens noch Lösungen gefunden werden, wenn es auch nur Teillösungen sind, und es müssen auch aus Gründen der nationalen Selbsterhaltung hier alle Anstrengungen gemacht werden; denn nicht zu vergessen ist, daß tatsächlich jenseits der Grenze, in Polen, vielfach erheblich stärkere Bevölkerungsdichten herrschen, als in den deutschen Ostgebieten. Dort ist noch recht viel Land verfügbar für deutsche Siedler. Gerade Baden kann mit seinem Nachwuchs aus dem kleinen und mittleren Bauerntum ebenso wie das angrenzende Württemberg und die Pfalz, hier das geeignete Menschenmaterial stellen. Aber damit ist es nicht getan, es handelt sich darum, die Siedlung zu organisieren und das erforderliche Kapital aufzubringen.

Dieser Lage ist ein badischer Verein für Innenkolonisation begründet worden, der vor allem für den Siedlungsgedanken Verständnis in den breiten Volksschichten schaffen und daraus eine Volksbewegung machen will. Dies ist schon deshalb notwendig, weil dadurch erst in manche Hindernisse bürokratischer Natur, manche doctrinäre Bedenken und vor allem auch manche Semmungen aus Interessens- und ständischen Gründen, die ja im Osten ein schnelles und wirftames Vorwärtkommen bisher so außerordentlich ersichert haben, am ehesten Breishe gelegt werden kann. In Württemberg und Bayern bestehen übrigens bereits solche Vereine.

Mit der praktischen Finanzgründung der Siedlungsfrage wird sich auch unser Landtag demnächst zu beschäftigen haben, es liegt ihm ein demokratischer Antrag vor, daß das Land Baden die Ansiedlung badischer Bauern im Osten und Norden des Reichs in den Kreis seiner Staatsaufgaben aufnehmen, und daß es zur Durchführung dieser Aufgaben eine staatliche Beratungsstelle und eine unter staatlicher Aufsicht stehende gemeinnützige Siedlungsgesellschaft errichte, die mit Hilfe von Reichs- und Landesmitteln die Ansiedlung vorzunehmen hätte. Die badische Landwirtschaftskammer hat sich in diesen Tagen gleichfalls mit der Siedlungsfrage beschäftigt, wobei Innenminister Dr. Kemmle vor Unterschätzung der hier vorliegenden großen Schwierigkeiten warnte und nur ein langames Vorwärtkommen für möglich erklärte. In der Gründungsversammlung des badischen Vereins war man sich klar, daß neben dem Propagandabereit auch ein Siedlungssträger geschaffen werden müsse. Hier steht aber die Aufgabe des Staates ein, denn es handelt sich um die Aufbringung recht erheblicher Mittel. Es wurde von Präsident Fuchs mitgeteilt, daß die Arbeiten in der Regierung hierzu schon ziemlich weit vorgeschritten sind. Die Schwierigkeit wird darin liegen, tüchtige und fleißige Landwirte, von denen man erwarten kann, daß sie sich als Siedler im Osten bewähren, und die auch über einiges Kapital verfügen, zu sammeln und zur Siedlung zu veranlassen. Es wurde mitgeteilt, daß — nach den Erfahrungen der preussischen Siedlungsgesellschaften — zur schlüsselfertigen Schaffung einer lebensfähigen Bauernstelle im Osten in Größe von 60 bis 80 preussischen Morgen im ganzen 40 000 M. notwendig seien, von denen der Kolonist etwa 10 000 M. mitbringen müsse, er habe außerdem im Jahr etwa 900 M. an Zinsen und Amortisationen aufzubringen. Da es aber in Baden nicht allzuvielen Siedlungswilligen geben wird, welche über dieses Kapital verfügen, muß man untersuchen, wie einem weiteren Kreis siedlungswilliger und tüchtiger badischer Landwirte die Ansiedlung im Osten ermöglicht werden kann. Gedacht ist seit längerem an geschlossene landmannschaftliche Siedlungen.

In unserm Blatte veröffentlichten wir dieser Tage uns zugegangene ausführlich begründete Vorschläge, die einen praktischen Weg angeben, die ländliche Jugend Badens im Osten auf dort zu errichtenden badischen Acker- und Gewerbeschulen zu Siedlern zu erziehen, ihr die Ansammlung von Sparguthaben aus eigener Arbeit zu ermöglichen und so ein besonders geeignetes Siedlermaterial zu schaffen. Hier soll also vor allem Zukunftsarbeit geleistet werden. Aber die Siedlung ist aus den unausgesehnen dargelegten Gründen ein so dringendes Pro-

blem, daß auch Wege gesucht werden müssen, Siedlungswillige sogleich und in steigender Anzahl anzusehen. Allein Ostpreußen bietet Raum für viele Tausende von Bauernfamilien, und bei allem Wert des Großgrundbesitzes für Körnerbau auf geeignetem Boden, darf nicht vergessen werden, daß rationell eingerichtete landwirtschaftliche Betriebe in der Viehproduktion mehr leisten, und daß die starke Besiedlung des dünn bevölkerten deutschen Ostens auch ein Mittel ist, um uns von der Lebensmittelfuhr aus dem Ausland unabhängiger zu machen.

Bei den Verhandlungen um den vorläufigen Finanzausgleich im Reichstagsausschuß sind Anträge angenommen worden, die im Wesentlichen dem Kompromiß der Regierungsparteien entsprechen, dessen Hauptinhalt an dieser Stelle bereits skizziert wurde. Es bleibt, falls auch das Plenum des Reichstags zustimmt, bei der Verklärung des vorläufigen Finanzausgleichs bis zum 1. April 1929 und bei der Erhöhung der Garantie für die Ränder auf 2,6 Milliarden. Die Einbringung eines Reichsrahmengesetzes zur Regelung der Realsteuern und der Hauszinssteuern ist bis zum 1. Oktober angekündigt. Der Ausschuß hat sich ferner für die so umkämpfte Abschaffung der Gemeindeertragssteuern zum 1. April ausgesprochen, dafür bleibt die Biersteuer, die nicht mehr als 7 Proz. vom Herstellerpreis betragen darf. Während der südwestdeutsche Handelskammerausschuß die Aufhebung der städtischen Getränkesteuer verlangt, da diese ungerecht und unsozial seien, und eine Sonderbelastung des Gastwirts- und Hotelgewerbes bedeuten, haben die Städte, auch die badischen, sich für die Beibehaltung dieser Steuern immer wieder eingesetzt. So berechnet die badische Landeshauptstadt ihren Ausfall auf 625 000 M., was eine Steigerung der Umlage um 10 Pf. zur Folge haben müßte. Die Steuer treffe den einzelnen nicht schwer.

Damit sind aber die Steuerfragen noch lange nicht erschöpft, denn dem Reichstag liegt eine große Anzahl von Anträgen vor, die zum Teil Ermäßigung der Einkommensteuer, hauptsächlich in den mittleren Stufen, zum Teil die Verschärfung der Besteuerung des Einkommens und dafür Ermäßigung von Verbrauchsteuern anstreben. Andere Anträge verlangen eine Vermögenszuwachssteuer und die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die Ehegatten. Der Reichsfinanzminister hat erst kürzlich erklärt, daß er bei der Überlastung der Finanzämter — die Steuerrückstände allein betragen zu Jahresbeginn etwa 700 Millionen und müssen aufgearbeitet werden — kein neues Steuergesetz gebrauchen könne, u. er scheint, wie die Regierungsparteien, an diesem Standpunkt festzuhalten. Die Bilanzierung des Reichshaushalts, der durch die Mehranforderungen stark überspannt wurde, will man ohne neue Steuern herbeiführen. Man glaubt, mit einem erhöhten Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuern rechnen zu können, will auf 200 Mill. Überschüsse vom letzten Etatsjahr zurückgreifen, sowie auf die Betriebsmittelfonds in Höhe von 190 Mill. Den Rest will man durch Einsparungen, auch im außerordentlichen Etat, wo Kanalbauten zurückgestellt werden, gewinnen.

Die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz ist nach den nun für Februar mitgeteilten Ziffern wenig günstig, und zwar noch ungünstiger, als im Januar. Vor allem ist die Ausfuhr zurückgegangen und hat nicht einmal die Ziffern des Februars des vorigen Jahres erreicht. Während wir im Februar vorigen Jahres an Fertigwaren immerhin für 564 Mill. ausführten, ist die Ziffer für diesen Februar 541 Mill. Aber dieser relativ geringe Rückgang ist bedenklicher, als die durch das Ende des englischen Kohlenstreiks bedingte Verringerung der Steinkohlenausfuhr, 47 Mill. gegen 82 Mill. im Oktober, denn hier zeigt sich immerhin eine erhebliche Besserung gegen den Februar 1926 (28 Mill.), und wir müssen zunächst zufrieden sein, wenn es gelingt, hier die gegenwärtige deutsche Position zu erhalten. In einer Steigerung der Fertigwarenausfuhr liegt hingegen die erste und Hauptmöglichkeit für eine Gesundung unserer Wirtschaft, und deshalb ist gerade hier auch ein kleiner Rückgang schon folgenschwer. Die Wirkung der vom Ausland gegen uns aufgerichteten Zollschranken, und die übrigen Behinderungen unseres Handelsverkehrs werden hier neben überhaupt schlechter gewordenen Exportmöglichkeiten offenbar, und drohen mit der Zeit, eine schwierige Lage herbeizuführen. Muß Deutschland doch nicht nur seine Zahlungsbilanz allmählich ausgleichen, um leben zu können, sondern auch noch weiter steigende Re-

parationen tragen, d. h. Kapital ohne Gegenwerte ausführen. Groß sind die Steigerungen der Einfuhr von Rohstoffen, wie an Wolle, Baumwolle, Rohabak, Ölsrüchten, Kautschuk, Mineralölen und Eisenerzen. Die diese Stoffe verarbeitenden Industrien berichten über bessere Beschäftigung, die aber vor allem auf die Steigerung des Inlandsbedarfs, nicht der Ausfuhr zurückzuführen ist. Da der Inlandsbedarf seine natürlichen Grenzen hat, wenn nicht eine Steigerung des Volksvermögens nebenher geht, muß die bessere Beschäftigung dieser Industrien vorübergehen, wenn es ihnen nicht gelingt, für ihre Artikel in steigendem Maße im Ausland Fuß zu fassen.

Die Verknappung auf dem Geldmarkt ist natürlich mit durch die Devisenabflüsse bedingt, die mit der Verschlechterung unserer Handelsbilanz verbunden sind, und so wirkt sie auch unmittelbar auf unsere Wirtschaftslage ein. Bei dem Mangel an Auslandskrediten wird der Inlandgeldmarkt angespannt und Kapital zur Finanzierung dieser Importe muß ausgeführt werden. Bereits wird eine Wiedererhöhung des Reichsbankdiskonts für möglich gehalten, die natürlich nicht in der Richtung der Erleichterung unserer Wirtschaftslage wirken kann. **

Das Stauwerk bei Rembs

Die französische Kammer nahm, wie aus Paris gemeldet wird, am Donnerstag den Gesetzentwurf an, durch den die Arbeiten zur Ausnutzung der Wasserkräfte der Stromschnellen bei Rembs am Oberrhein an eine Privatgesellschaft vergeben werden. Dabei kam es auch zu einer Debatte über den Rheinseitenkanal von Straßburg bis Basel, den Frankreich plant. Die Abgeordneten Margaine und Dauthy befragten den Rheinseitenkanal auf das entscheidende, wobei sie darauf hinwiesen, daß das Kanalprojekt den Staatsfiskus viel zu schwer belaste, aus Prestige Gründen man sich aber für den Kanal entschieden habe, obwohl ein Ausbau des eigentlichen Rheinflusses, wie dies schon vor dem Krieg von Deutschland vorgeschlagen worden sei, viel billiger sei. Der Berichterstatter Charlot erklärte, daß der Kanalbau von allen zuständigen Handelskammern, Kommunen und Departements gebilligt worden sei. Auch seien die internationalen Formalitäten erfüllt. Im Namen der elsässisch-lothringischen Abgeordneten sprach sich Brom für das Projekt aus, obwohl er im einzelnen Vorbehalte zu machen hat. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu, bedauerte, daß durch die Oppositionsrede wieder die prinzipielle Frage „Kanalbau oder Ausbau des Rheinflusses“ aufgerollt worden sei. Diese Frage müsse endlich einmal gelöst und aus der Welt geschafft werden. Der Hauptvorteil sei die Gewinnung sehr großer Elektrizitätsenergien, acht Stau- und Elektrizitätswerke seien vorgesehen. Das Rembswerk sei das erste dieser Art. Sei dieses Werk einmal gebaut, dann sei der Kanalbau schon soweit in Angriff genommen, daß er nicht mehr aufgegeben werden könne, sondern die volle Durchführung verlange. (?) Der Kanal werde eine gesicherte, schnelle, beständige und billige Schifffahrt sichern.

Die Kosten für die Anlagen des Stau- und Elektrizitätswerks bei Rembs belaufen sich nach der gegenwärtigen Schätzung auf 250 Millionen Fr., die vom Staat vorgeschossen werden, die ihm aber später von der Kanalgesellschaft, den Departements und den Kommunen zum Teil zurückgezahlt werden müssen.

Bekanntlich steht die Frage, ob die Staustufe bei Rembs ausgebaut werden soll, nicht mehr zwischen Deutschland und Frankreich zur Debatte, da sich Deutschland bereits 1918 damit einverstanden erklärt hat, daß der schwierigste Teil bei der Rheinschiffbarmachung von Straßburg bis Basel, die steinere Schwelle durch den Rembs Kanal mit Stauwerk und Kraftwerk umgangen werde. Die Verwirklichung des französischen Plans, den ganzen Rheinseitenkanal von Straßburg bis Basel zu bauen, würde jedoch etwa das zehnfache der Rheinregulierung kosten, und es ist vorerst sowohl fraglich, ob Frankreich die erforderlichen Mittel aufbringt, wie, ob sich diese Summen aus dem Bau bezinsen werden.

Die albanische Krise

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der englische Botschafter in Berlin am Donnerstag den Reichsminister des Außern Dr. Stresemann aufgesucht, um ihm den Wunsch der englischen Regierung zum Ausdruck zu bringen, daß Deutschland sich an einer von Südslawien angeregten Untersuchung der Rüstungsverhältnisse an der südslawischen-albanischen Grenze beteilige. Dr. Stresemann soll sich die Entscheidung darüber vorbehalten, von vornherein aber darauf hingewiesen haben, daß eine Teilnahme Deutschlands nur unter der Voraussetzung in Frage komme, daß alle beteiligten Mächte sich mit der Tatsache der Einsetzung einer Internationalen Untersuchungskommission und mit der deutschen Beteiligung daran einverstanden erklären.

Die römische „Tribuna“ meldet, daß Italien nichts dagegen habe, daß ein solcher Ausschuß zusammentrete und Jugoslawiens Kriegsrüstungen und Truppenverschiebungen nachprüfe. Es sei jedoch töricht, zu glauben, daß eine jetzt erst stattfindende Untersuchung irgend ein Resultat werden zeitigen können. Es handle sich nicht darum — wie etwa im Rheinland — festzustellen, daß Befestigungen aus Zement ausgeführt worden seien, sondern darum, festzustellen, ob Truppenverschiebungen erfolgt, Bataillone an gewissen Punkten aufgestellt und Schützengräben ausgehoben worden seien. Solche Feststellungen könnten nach einer gewissen Zeit nicht mehr gemacht werden.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums

wird fortgesetzt. Abg. Dr. Daaß (Dnt.) erstattet den Ausschussbericht. Der Haushaltsauschuss beantragt, nur 515 000 M. für den Luftverkehr nach Südamerika...

Abg. Dr. Lejeune-Jung (Dnt.) erklärt, die Streichungen des Ausschusses seien nicht auf Kanalbau zurückzuführen, sondern auf finanzielle Rücksichten...

Abg. Giesberts (Ztr.) verweist auf die Denkschrift der Reichsbahn-Gesellschaft zu den Kanalbauprojekten. Es sei anzuerkennen, daß der Güterverkehr auf der Eisenbahn sehr vervollkommen worden ist...

Abg. Dr. Gildemeister (Dnt.) meint, die Streichung der Mittel für die Schiffbauarbeiten der Flüsse sei unverständlich, zumal dieses Gesetz durchaus gelte...

Abg. Dr. Wieland (Dem.) weist auf die leeren Bänke des Hauses hin und regt an, die Nebenbedeutung zu Protokoll zu geben. (Zuruf: In England geschieht dies ja schon!)...

Abg. Dauer (Bayr. Rp.) weist auf den traurigen Zustand der Landstraßen hin, besonders in Bayern. Angesichts der ungünstigen Finanzlage der Länder müsse hier das Reich mit erheblichen Mitteln helfend eingreifen...

Abg. Henning (Wdl.) fordert Kanalbauten, selbst wenn das Reich dabei zusehen müsse.

Abg. Lentner (Komm.) wendet sich ebenfalls gegen die Absicht der Kanalbauprojekte. Wer Kanalbauten verbiete, verhindere auch damit die Unterbringung der Erwerbslosen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 7 1/2 Uhr.

Die Zusammenstöße in Berlin

Nach dem blutigen Zusammenstoß zwischen rechts- und linksradikalen Gruppen in Berlin-Lichterfelde am Sonntag, sind weitere bedenkliche Ausschreitungen vorgekommen.

Beide radikalen Gruppen veranstalteten am Donnerstag abend Kundgebungen. In einer Versammlung in Mariendorf lehnten die Nationalsozialisten jede Schuld an den Ausschreitungen am vergangenen Sonntag auf dem Bahnhof in Lichterfelde-Ost und Kurfürstendamm ab...

Bei der Beratung eines demokratischen Antrages in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der sich gegen die dauernden Straßendemonstrationen richtete, griff ein kommunistischer Stadtverordneter in überaus scharfer Weise die Schutzpolizei und die rechtsstehenden Organisationen an...

Im preussischen Landtag hat der Minister des Innern Grafinski angekündigt, daß er mit fester Hand eingreifen werde, wenn der politische Riß nicht alsbald von der Straße verschwinde. Der Minister hat dabei festgestellt, daß die Anrede zuerst von den Nationalsozialisten ausgegangen sei...

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag nachmittag den Reichsminister der Finanzen Dr. Brücker zum Vortrag über die finanzpolitischen Fragen sowie den Reichswehrminister Dr. Gessler.

Der Steuerausschuss

beendete am Donnerstag die erste Lesung des Finanzausgleiches mit der Besprechung der Anträge zur Hauszinssteuer.

Abg. Dr. Herz (Soz.) beantragt, es solle die Bevorzugung der landwirtschaftlichen Gebäude und die Verwendung der Hauszinssteuer für fiskalische Zwecke auf 20 Prozent begrenzt werden.

Abg. Höllein (Komm.) beantragt, die Hauszinssteuer aufzuheben und die Mieten auf 60 Prozent der Friedensmiete zu begrenzen.

Abg. Dr. Becker, Gessen (Dt.V.): Der Antrag Herz auf Beschränkung der fiskalischen Verwendung der Hauszinssteuer entspreche auch den Anschauungen seiner Fraktion. Der Antrag gehe aber zu weit, da er den Ländern ihre Einnahme nicht auf die heutigen Beträge beschränkt, sondern herabsetzen will.

Beide Anträge werden abgelehnt. Die Anträge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer empfiehlt der Vorsitzende erst in der zweiten Lesung zu beraten.

Abg. Dr. Herz (Soz.) macht sein Einverständnis abhängig von befriedigenden Erklärungen des Finanzministers.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) verlangt, jetzt wenigstens das formelle Zugeständnis der Mehrheit, daß diese Anträge im organischen Zusammenhang stehen mit dem Finanzausgleich. Von den Regierungsparteien wird eine solche Erklärung abgelehnt und empfohlen, Dr. Fischer solle seine Anträge im Plenum erneuern.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die von den Regierungsparteien beantragte Erhöhung der Biersteueranteile für die süddeutschen Länder angenommen, alle Abänderungsanträge, auch die von den Sozialdemokraten verlangte Erhöhung der Börsenumsatzsteuer wurden abgelehnt.

Die zweite Lesung des Finanzausgleiches soll am morgigen Samstag beginnen. Die Behandlung der Anträge zur Einkommens-, Körperschafts- und Zuersteuer usw. noch in der ersten Lesung lehnte der Ausschuss ab.

Der Reichsminister der Finanzen führte auf Anfrage der Sozialdemokratischen Partei noch aus: Nach dem Gesetz vom 3. September 1925 ist die Reichsregierung verpflichtet, wenn die Lohnsteuer in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen mehr als 600 Millionen M. erbringt, einen Gehelentwurf vorzulegen, der die Lohnsteuer entsprechend senkt. Die Reichsregierung hält sich an dieses Gesetz gebunden. Daß die Reichsregierung diesen Standpunkt einnehme, ergebe sich auch daraus, daß sie, wie er, der Minister, demnachst im Haushaltsauschuss darlegen werde, bei der Höherchätzung der Einkommensteuer die Lohnsteuer nur mit 1200 Millionen angesetzt habe. Desgleichen werde die Reichsregierung, wenn die Vermögenssteuer unter 400 Millionen M. bleibe, der ihr gesetzlich vorgezeichneten Verpflichtung nachkommen, eine Erhöhung der Steuer herbeizuführen. Das wird aber erst in der ersten Hälfte des Mai übersehen werden können. Zu den Anträgen auf Senkung der Zuersteuer muß ich erklären, daß die Lage eine Senkung der Steuer im jetzigen Zeitpunkt nicht duldet.

Der Haushaltsauschuss

nahm einen Antrag an, worin der Reichsminister er suchte, neben der persönlichen auch die sachlichen Anforderungen der Reichsministerien und ihrer nachgeordneten Behörden zu prüfen. Ferner soll der Reichsminister die Reichsministerien auch daraufhin durchprüfen, ob und in welchem Ausmaß Arbeitsgebiete, die zurzeit in den Ministerien bearbeitet werden, auf nachgeordnete Behörden und Dienststellen übertragen und nur in einem Ministerium bearbeitet werden können.

Der Verkehrs-ausschuss

beschloß, dem Reichstage die Annahme folgender Entschließung vorzuschlagen: „Die Reichsregierung wird ersucht, für das Haushaltsjahr 1927 wiederum ein einheitliches Reichsbahnbauprogramm aufzustellen. In dem Reichsbahnbauprogramm soll insbesondere der Ausbau solcher Linien an erster Stelle berücksichtigt werden, bei denen die volkswirtschaftliche Entwicklung die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dringend erfordert.“

Standal im sächsischen Landtag

Im sächsischen Landtag kam es am Donnerstag zu Ständekämpfen der Kommunisten, so daß die Sitzung zweimal unterbrochen werden mußte. Der Landtag hatte beim Punkte Wahlprüfungen einen sozialdemokratischen Antrag, die gesamten Landtagswahlen für ungültig zu erklären, mit 48 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, die Wahl des komm. Abg. und Fraktionsführers Ewers für ungültig zu erklären, da Ewers weder vor noch während der Landtagswahlen seinen Wohnsitz in Sachsen gehabt habe. Im weiteren Verlauf kam es zu erregten Larmanstritten, da Abg. Kemmer (Komm.) dem Abg. Bethke (Altsoz.) vorwarf, er habe den Kommunisten betrogen, für die Wahl Ewers zu stimmen, falls die Kommunisten Bethkes Gehalt als Chefredakteur der „Sächsischen Staatszeitung“ bewilligten. Bei diesen Worten erhob sich ein ungeheurer Entrüstungsturm. Der kommunistische Abgeordnete Roscher wurde auf acht Tage von den Vollzügen ausgeschlossen.

Preußen u. die Gemahlin des früheren Kaisers

Der preussische Staatssekretär Weismann hat mehreren Blättern zufolge an den Generalbevollmächtigten des Hohenzollernhauses, Herzog A. D. von Kleist, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Zeitungsberichte zufolge beabsichtigt die Gemahlin des früheren Königs demnachst das Palais Unter den Linden 37 zu beziehen. Die preussische Staatsregierung würde die Ausführung dieses Planes für politisch im höchsten Maße bedenklich halten. Ansammlungen vor dem Palais sind mit Sicherheit vorzusehen. Die Übernahme irgend einer besonderen Gewähr für die Sicherheit der Bewohner des Hauses müßte die Regierung unter diesen Umständen ablehnen.“

Das Arbeitszeitgesetz. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns empfing am Donnerstag die Vertreter der Gewerkschaften, die erklärten, daß der Entwurf der Reichsregierung für die Arbeitnehmerschaft keine befriedigende Lösung des Arbeitszeitproblems darstelle.

Zurückhaltung der Goethereliquien. Wie die „Frk. Ntz.“ zuverlässig erfährt, hat die französische Regierung — dank den Bemühungen Gervois — den Präsidenten Etienne Fouquere beauftragt, in den nächsten Tagen dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt die Goetheversammlung, die kurz vor Kriegsausbruch der Honorer Anstellung zur Verfügung gestellt, im Kriege aber beschlagnahmt worden war, zurückzugeben.

Nach über Paris kommenden Meldungen haben auf Anregung Liangshichs, der als kommandierender chinesischer Ministerpräsident angesehen wird, die Führer der Nordarmee von Peking eine Abordnung zur Südarmerie geschickt, um einen Waffenstillstand zu schließen und eine Verhängung herbeizuführen.

Auch in Hanking kam es bei der Einnahme durch die Kantonesen zu schweren Zwischenfällen. Indisziplinierte Schantungstruppen haben die Stadt vorher geplündert, wobei auch das britische Konsulat ausgeraubt wurde. Das amerikanische Konsulat wurde von dem Personal geräumt, das sich auf einen Hügel flüchtete, wo sich sämtliche Ausländer zusammengefunden hatten. Verschiedene Amerikaner wurden infolge der Beschickung der Stadt durch die Kantontuppen getötet oder verwundet. Ein britischer Kreuzer und zwei amerikanische Zerstörer landeten Mannschaften, denen es gelungen ist, die auf den Hügel geflüchteten Fremden zu befreien. Dabei wurden mehrere Matrosen, darunter auch Amerikaner, getötet oder verwundet.

Auch in Hankow ist es wieder zu Zwischenfällen gekommen. Chinesische Soldaten bewarfen Engländer mit Steinen und bedrohten sie mit geladenen Gewehren und Bajonetten in den Straßen. Es werden Vorbereitungen getroffen, um die Ausländer fortzuschaffen. Auch in Kiangsu hat das Einrücken der Kantonesen in Schanghai erneute Kundgebungen hervorgerufen.

Die Verwendung der Mietserhöhung. Laut „Germania“ ist in Preußen zwischen den Regierungsparteien über die Verwendung der Mietserhöhung um 10 Proz. eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach die Mietzinssteuer nur den Häusern, die vor dem Kriege mit mehr als 45 Proz. ihres Wertes hypothekarisch belastet waren, um 2 bis 8 Proz. erhöht wird. Auf diese Weise wird aus der Mietserhöhung am 1. April ein Betrag von mindestens 120 Millionen im Jahr für die öffentliche Hand sichergestellt. Von dem Mehrertrag der Hauszinssteuer sollen fünf Sechstel für den Wohnungsbau verwendet werden, während ein Sechstel den Gemeinden überwiesen werden soll.

Beschuldigungen gegen die deutsche Studentenschaft. Der „Demokratische Zeitungsdienst“ verbreitet eine Meldung, wonach der Vorstand der deutschen Studentenschaft 15 000 Mark aus einem Fond, der als Grundfond der „Gesellenen-Gedenkstiftung der deutschen Studentenschaft“ bestimmt war, für seine Geschäftsführung verwendet habe. In den Blättern, die diese Nachricht abdrucken, wird der Vorstand der deutschen Studentenschaft aufgefordert, sich zu dieser Behauptung zu äußern.

Kurze Nachrichten

Der Reichstag stimmte der Stellenvermehrung bei den Finanzämtern zu, wofür ein Betrag von 5,2 Millionen erforderlich wird. Ferner wird durch Beschluß des Reichstages die Kurzarbeiter- und Arbeitslosenfürsorge bis zum Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung verlängert.

Bei der Wiener Beethoven-Bentenarfeier wird Deutschland durch den Reichsminister v. Reubell und den Reichsfinanzminister Dr. Köhler vertreten sein. — Auf Einladung Gervois begibt sich der Bonner Stadtrat Nachorf nach Lyon zur Teilnahme an der Beethovenfeier der Stadt Lyon.

Schutz gegen gesellschaftliche Ächtung. Laut Mitteilung des demokratischen Zeitungsdienstes wird von der demokratischen Reichstagsfraktion geplant, einen Gehelentwurf einzubringen, durch den der Schutz vor gesellschaftlicher Ächtung politisch Andersdenkender gewährleistet werden soll.

Erhöhung des Wohnungsgeldes für die Beamten. Entsprechend der allgemeinen Erhöhung der Miete ist der Monatszuschuß für die Beamten jetzt ebenfalls um 10 Prozent erhöht worden. In Preußen erhalten die Staatsbeamten den Mehrbetrag bereits zum 1. April. Im Reich wird der Mehrbetrag den Beamten zum 1. Mai gezahlt werden, da der Reichshaushalt noch nicht verabschiedet ist.

Ein Tuberkulosegesetz in der Schweiz. Der schweizerische Nationalrat genehmigte ein Tuberkulosegesetz, welches u. a. die Anzeigepflicht und die Subventionierung von Anstalten und Organisationen zur Bekämpfung der Tuberkulose durch den Bund vorsieht. Die Kosten für die Durchführung des Gesetzes verteilen sich auf den Bund, die Kantone und die Gemeinden.

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon reiste von New York mit dem Dampfer „Olympic“ nach Europa ab. Er erklärte, es handle sich nur um eine kurze Urlaubstreife, von der er Mitte April zurückkehren werde.

Badisches Landes-theater

Spielplan vom 26. März bis 5. April 1927.

a) Im Landestheater:

Samstag, 26. März. * E 20. Th.-Gem. 401—600. Die Welt, in der man sich langweilt. 7 1/2 bis 9. 10 (5.—).

Sonntag, 27. März. Außer Miete. Zur 100. Wiederkehr von Beethovens Todestag: Neu einstudiert: Fidelio von Beethoven. 7 1/2—10 1/2 (8.—).

Montag, 28. März. Volksbühne 7. Wie es euch gefällt. Der 4. Rang ist für den allgem. Verkauf freigehalten. 7 1/2 bis 9. 10 1/2 (5.—).

Dienstag, 29. März. * A 21. Th.-Gem. 901—1000 und 1201 bis 1300. Die Welt, in der man sich langweilt. 8 bis 9. 10 1/2 (5.—).

Mittwoch, 30. März. * B 21. Th.-Gem. 1301—1525. Uraufführung: Thomas Paine. Schauspiel von Hanns Johst. 8—10 1/2 (5.—).

Donnerstag, 31. März. * E 21 (nicht Donnerstagsmiete). Th.-Gem. 1101—1200. Ariadne auf Naxos. 8—10 (7.—).

Freitag, 1. April. * F 21 (Freitagmiete). Länge. 8 bis 9. 10 (7.—).

Sonntag, 2. April. * G 22. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Thomas Paine. 7 1/2—9 1/2 (5.—).

Sonntag, 3. April. Nachmittags: 14. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Laifun. 3—5 1/2 (3.—). Abends: * D 21 (Donnerstagsmiete). Jar und Zimmermann. 7 1/2 bis 9. 10 1/2 (8.—).

Montag, 4. April. Th.-Gem. 3. S.-Gr. und 601—700. 9. Sinfonie-Konzert. 8—10 (4.—).

Dienstag, 5. April. Geschlossene Vorstellung für die zur Entlassung kommenden Volksschüler: Fidelio. 6—8 1/2.

b) Im städt. Konzerthaus:

Sonntag, 27. März. * Alt Seidelberg. 7—10 (4.—).

Sonntag, 3. April. * Stöpsel. 7 1/2—9 1/2 (4.—).

Kundfunkstunde des Bad. Landestheaters Freitag, den 1. April 1927, 6.45 Uhr.

Voranführung des Badischen Landestheaters Mittwoch, den 6. April 1927: Gaisspiel Georges Dallanoff: Nigoletto.

Sonntag, den 17. April und Montag, den 18. April 1927: Parfissal.

Badischer Teil

Badischer Landtag

18. Sitzung

D. B. Karlsruhe, 24. März.

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst eine kurze Anfrage der Abg. Frau Richter u. Gen. (Bürg. Bgg.) wegen der Vorzugsrenten erledigt.

Der Regierungsvertreter konnte mitteilen, daß bei der Badischen Staatsschuldenverwaltung 24749 Anträge gestellt und davon 17974 verabschiedet worden sind, darunter 17231 in bejahendem Sinne. Von den noch anhängigen 6776 Gesuchen befinden sich zur Zeit etwa 5000 in Behandlung. Die restlichen 1800 Anträge datieren aus neuerer Zeit. Bei der Reichsschuldenverwaltung sind rund 5000 Gesuche aus Baden noch unerledigt. Zum Teil tragen die Antragsteller selbst die Schuld, weil sie nicht in richtiger Weise vorgegangen sind. Die Regierung wird sich nach wie vor für eine Beschleunigung des Vorzugsrentenverfahrens einsetzen.

Das Haus fährt alsdann in der Aussprache über den

Wohnungsbauplan

fort.

Abg. Herrmann (Bürg. Bgg.) begrüßt die Vorlage, da sie einem dringenden Bedürfnis entspreche, vor allem aber auch deshalb, um mit der Behebung der Wohnungsnot von der Zwangswirtschaft loszukommen. Durch behördliche Maßnahmen werde man allerdings die Wohnungsnot nicht beseitigen können, wenn es nicht gelingt, die private Bautätigkeit zu beleben. Auch die Genossenschaften sollen ihren Teil erhalten. Der Redner findet, daß bei den staatlichen Bauten zu lange und zu teuer gebaut werde. Er würde es beklagen, wenn der Baufeldmarkt die Lage ausmüht. Bedauerlicherweise hätten die Holzpreise angezogen, aber der Staat habe Mittel in der Hand, um einer ungesunden Preisgestaltung entgegenzuwirken. Unter Bezugnahme auf die Freiburger Rede des Bürgermeisters Schneider verbreitete sich der Redner über die Getreidekosten und Mietpreise. Ohne die Angleichung der Altbaukosten an die Neubaukosten werde man nicht vorwärts kommen.

Ob durch die Typisierung dem Handwerk und der Volkswirtschaft überhaupt genützt wird, sei fraglich.

Abg. Dr. Mattes (D. Bpt.) geht davon aus, daß mit den 15 Millionen dieses Jahr 10 000 Wohnungen erstellt werden können, und glaubt, daß damit auch die obere Grenze dessen erreicht sei, was auf dem Wohnungsmarkt im Laufe eines Jahres geschaffen kann. Darüber hinaus bestände die Gefahr einer Depression auf dem Baufeldmarkt. Die Typisierung weiterer Mittel lehnt der Redner ab. Die Vorschläge der Regierung finden seine Zustimmung. Mit der Gebäuderegulierung sei eine gewisse soziale Pflicht verbunden. Gebaut soll da werden, wo Bedarf vorhanden ist. Auch das Land sei zu berücksichtigen. Selbstverständlich müßten Private am Bau interessiert werden. Wenn auch das Eigenheim das Ideal sei, so werde man auf den Mehrbedarf nicht verzichten können. Daß derselbe nicht ungesund zu sein braucht, darüber könne es keinen Zweifel geben. Der Staat werde die Holzpreise nur zu drücken vermögen, wenn er das Holz direkt an den Verbraucher abgibt.

Abg. Hoffmeier (Dem.) führt aus, man müsse auch an jene denken, die in Notwohnungen untergebracht seien. Nach wie vor sei eine intensive Wohnungsfürsorge vonnöten. Die Herausnahme der Wohnungen von über 2000 Mark Mietwert aus der Zwangswirtschaft habe sich schlecht bewährt. Es sei zu warnen, die Grenze noch weiter herabzusetzen. Es werde noch geraume Zeit vergehen, bis die Zwangswirtschaft vollends aufgehoben werden kann. Was den Wohnungsbau anlangt, so müsse der freien Konkurrenz ein gewisser Spielraum bleiben. Ein zu plötzliches Anschwellen der Miete werde Unruhe in die Wirtschaft bringen. Der Ausbau der Zwangswirtschaft könne nur in dem Maße erfolgen, als wir einen Wohnungsvorrat haben. Der Redner schließt: die beste Sozialpolitik sei ein gesundes Wohnungswesen.

Abg. Heurich (Ztr.) ist der Auffassung, daß wesentliche Erleichterungen auf dem deutschen Wohnungsmarkt bis jetzt leider nicht zu verzeichnen seien. Unendlich viele Volksgenossen warten noch auf Wohnung. Baden habe an der Spitze aller deutschen Staaten in den letzten beiden Jahren gewaltige Anstrengungen zur Behebung der Wohnungsnot gemacht, was dankbar anerkannt sei. Auch die Wohnungskultur müsse zu ihrem Rechte kommen und der Bau von Mietskasernen vermieden werden. Es lasse sich auch in einem Reihenhause schon wohnen. Der Redner verbreitet sich dann über die Zusammenhänge von allgemeiner Wirtschaft und Wohnungswesen. Er kritisiert vor allem die hohen Holzpreise und stellt weiter fest, daß die Mieterhöhung angeht der teureren Lebenshaltung an sich nur bei höheren Löhnen getragen werden kann. Diesen Ausgleich zu schaffen, sei die Industrie heute in der Lage. Abg. Heurich kommt schließlich auf den Kampf der sozialdemokratischen Presse gegen die Mieterhöhung zu sprechen und nimmt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gegen die in diesem Zusammenhang erhobenen Angriffe in Schutz. Mit radikalen Phrasen meinte man nicht der Sozialpolitik. Die Mieterhöhung sei nicht zu umgehen gewesen. Jetzt gelte es im Interesse des Wirtschaftsfriedens an die Einsicht des Unternehmers zu appellieren. (Beifall im Zentrum.) In ihrem letzten Teile war die Rede von öfteren Zwischenrufen der Kommunisten begleitet.

Finanzminister Dr. Schmitt:

Die Holzpreise hängen vom internationalen Holzmarkt ab. Man dürfe nicht bergehen, daß zwei Drittel des bei uns gebrauchten Holzes aus dem Auslande eingeführt werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß möglichst viel Holz geschlagen und zu normalen Preisen verkauft wird. Nach dieser Richtung soll in Baden das Erforderliche geschehen. Der Minister tritt ferner der Auffassung entgegen, als ob staatliche Baudarlehen nicht zurückbezahlt werden müßten. Gegebenenfalls würde man die nötigen Maßnahmen ergreifen.

Nach einem kurzen Schlusswort des Abg. Dr. Mattes (D. Bpt.) als Antragsteller stimmt das Haus in 1. und 2. Lesung einmütig dem Gesetzentwurf betr. Aufnahme einer Staatsanleihe von 10 Millionen und Zinsverbilligung für Anleihen der Wohnungsverbände und verbandsfreien Gemeinden im Höchstbetrage von 5 Millionen zu. Annahme finden ferner die bereits mitgeteilten Ausschuhentwürfe.

Abg. Weisshaus-Flullenborf (Ztr.) berichtet über den Gesetzentwurf zur Förderung der Hagelversicherung.

Danach wird für die Zahlung der Zuschüsse, die nach der Abrechnung der Regierung mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft in Berlin zu leisten sind, eine Hagelversicherungsrücklage gebildet. Diefem Fonds fließen zunächst die im letztjährigen Budget angeforderten 280 000 M. und dann alljährlich der im Voranschlag angeforderte Zuschuß zu. Der Haushaltsausschuß beantragt Annahme der Vorlage sowie eines sozialdemokratischen Antrages auf Prüfung

der Frage, ob in Baden die Zwangsversicherung eingeführt werden kann. Der Berichterstatter schließt mit dem Wunsche, daß recht viele Landwirte von der wohlthätigen Einrichtung in Baden Gebrauch machen möchten, um sich im Falle des Unglücks von größerem Schaden zu schützen.

Abg. Bod (Komm.) fordert die obligatorische Hagelversicherung.

Abg. Dr. Mattes (D. Bpt.) stimmt der Vorlage zu, lehnt aber eine Prüfung der Zwangsversicherung ab, da im Hinblick auf die Denkschrift der Regierung vor 2 Jahren praktisch dabei nichts herauskommen werde.

Abg. Hoffmeier (Dem.) vertritt auf Grund der in den letzten beiden Jahren erfolgten Rückschläge den gegenteiligen Standpunkt. Im übrigen wäre ihm das bisherige Verfahren lieber gewesen.

Abg. Klüber (Bürg. Bgg.) appelliert an alle Landwirte, der Hagelversicherung beizutreten. Es könnte der Fall eintreten, daß sie sich versichern müssen.

Das Gesetz findet bei Stimmhaltung der Kommunisten Annahme, ebenso der erwähnte Antrag, gegen den die Volkspartei stimmt.

Gegen 1/8 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag 9 Uhr.

19. Sitzung

D. B. Karlsruhe, 25. März.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein.

Abg. Egger (Ztr.) berichtet über die Verordnung der Minister der Finanzen und des Innern vom 21. Oktober v. J. über

die Zuwachssteuer

(Mustersteuerverordnung).

Abg. Bod (Komm.) ist der Auffassung, daß nach dem bestehenden Gesetz der wirkliche Wertzuwachs nicht erfasst werden könne.

Abg. Gündert (D. Bpt.) erklärt, daß Abweichungen von den Vorschriften der Verordnung mit Zustimmung der beiden Ministerien zulässig seien.

Innenminister Dr. Kemmle bestätigt dies mit dem Hinweis, daß selbstverständlich auf die Bedürfnisse der Gemeinden im Rahmen der Höchstätze Rücksicht zu nehmen sei. Die Verordnung wird zur Kenntnis genommen.

Abg. Seubert (Ztr.) erstattet Bericht über die Anträge Dr. Glodner (Dem.) und Gündert (D. Bpt.) betr.

die Kraftfahrzeugsteuer,

ferner über den Antrag Dr. Oßfacher (D. Bpt.) betr. Änderung des Straßengesetzes, sowie über die Gesuche des Kreisrats Heidelberg und des Bad. Städteverbandes in Sachen der Kraftfahrzeugsteuer. Der demokratische Antrag will die Kreise am Mehrertrag der Steuer beteiligen, der völksparteiliche Antrag verlangt die Beteiligung der Kreise und Gemeinden überhaupt. Die Kraftfahrzeugsteuer erbringt für Baden 3,5 Millionen. Der Ausschuhentwurf geht dahin, die Regierung zu erziehen, bei Ausarbeitung der dem Landtag vorzulegenden Denkschrift über die Änderung des Straßengesetzes auch die Beteiligung der Kreise und Gemeinden an der Kraftfahrzeugsteuer im Sinne der gestellten Anträge in den Kreis der Erörterungen zu ziehen, 2. die obigen Anträge und Gesuche damit zunächst für erledigt zu erklären.

Die Abg. Dr. Glodner (Dem.) und Gündert (D. Bpt.) begründen ihre Anträge; sie erwarten, daß sich die Denkschrift auf diesen Standpunkt stellen wird. Der Ausschuhentwurf sei das Mindeste, was in diesem Augenblick getan werden kann.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) bringt die Frage der Kraftfahrzeugsteuer in Beziehung zum Finanzausgleich. Das Straßengesetz müsse unbedingt geändert werden; denn die Gemeinden würden unter der Last des Landstraßenbeitrages erdrückt.

Abg. Dr. Oßfacher (D. Bpt.) führt in Begründung seines Antrages aus, daß der Verteilungsmaßstab für die Straßenkosten (§ 18 des Straßengesetzes) sobald wie möglich anders gestaltet werden muß. Er erwähnt einzelne Gemeindebudgets, die infolge des enormen Automobilverkehrs einen ins Untragbare gewachsenen Straßenaufwand aufweisen. Da die angeforderte Denkschrift bereits im April zu erwarten sei, könne man dem Ausschuhentwurf zustimmen.

Abg. Dr. Marum (Soz.) stellt fest, daß über den Ausschuhentschluß eine Meinungsverschiedenheit eigentlich nicht bestehe und man deshalb auf eine Debatte hätte verzichten können.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürg. Bgg.) pflichtet dem Vordemmer bei. Der Ausschuhentwurf treffe in diesem Augenblick das einzig Richtige.

Abg. Duffner (Ztr.) unterstreicht die Darlegungen des Abg. Dr. Föhr.

Abg. Wüchner (Ztr.) polemisiert gegen die Volkspartei wegen der Prioritätsfrage für den Antrag auf Änderung des Straßengesetzes.

Ihm erwidert der Abg. Dr. Mattes (D. Bpt.).

Finanzminister Dr. Schmitt:

Wenn man etwas verteilen will, muß man es zuerst haben. Eine Reserve aus der Kraftfahrzeugsteuer ist nicht vorhanden. Die Frage muß im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich behandelt werden. Es wird zu prüfen sein, ob nicht allgemein gewisse Nachteile von den Straßbeiträgen, Kosten der Gemeinden zu gewahren seien.

Der Ausschuhentwurf wird darauf einstimmig angenommen.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtet über den Antrag Klüber (Bürg. Bgg.)

die Steuer für Hauschlachtungen

sofort aufzuheben. Der Ausschuhentwurf geht dahin, die Regierung um Aufhebung der Steuer für Hauschlachtungen auf 1. April 1928 zu ersuchen. Hierzu liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, das badische Gesetz über die Fleischsteuer überhaupt aufzuheben.

Abg. Gerle (Bürg. Bgg.) findet die Hauschlachtsteuer als ungerecht und befragt sich über rigoroses Vorgehen beim Einzug der Steuer.

Abg. Bod (Komm.) meint, man solle ganze Arbeit machen und die Fleischsteuerung jeder Art beseitigen.

Abg. Hädert (Soz.): Wird die Steuer für das Land aufgehoben, so muß daselbe auch für die Stadt geschehen. Die Bedenken, daß die Metzger davon profitieren könnten, seien nicht von der Hand zu weisen. Aber wir haben ja Genossenschaften, die ihre Preise ermäßigen werden, so daß die Metzger folgen müssen. Will man, daß die Kollage auf dem Lande anerkannt wird, so muß man auch Verständnis für die Räte der Städte haben.

Abg. Martin (Ztr.) kritisiert den umständlichen Einzug der Hauschlachtsteuer. Auch brauchen wir in Baden nicht etwas besonderes zu haben. Das Argument, daß mit der Steuer für Hauschlachtungen auch die gewerbliche Besteuerung aufgehoben werden müsse, sei nicht stichhaltig.

Abg. Brigner (D. Bpt.) stimmt dem Ausschuhentwurf zu. Es bestehe tatsächlich ein großer Unwille auf dem Lande.

Abg. Dr. Glodner (Dem.) führt aus, er habe sich im Ausschuh der Stimme enthalten. Seine Fraktion habe aber keinen Anlaß, dem Antrage entgegenzutreten. Der Ausschuh werde bei dem Steuerfuß von 2 Mark etwa 350 000 Mark betragen. Von größerer finanzieller Auswirkung sei der sozialdemokratische Antrag. Hier läge ein Ausfall von zwei Millionen in Frage, für den eine Deckung gesucht werden müßte.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürg. Bgg.) erklärt, daß man in seiner Fraktion verschiedener Auffassung über die Wirkung einer allgemeinen Aufhebung der Fleischsteuer sei.

Finanzminister Dr. Schmitt:

Für mich handelt es sich um eine Budgetfrage. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man nicht von den Einnahmen abstreichen kann, ohne zu wissen, ob sich die Ausgaben entsprechend mindern lassen, da keine Minderung der Einnahmen ohne Senkung der Ausgaben. Beides muß gleichzeitig geschehen. Ich begrüße es deshalb, daß der Termin für die Aufhebung der Hauschlachtsteuer hinausgeschoben wurde. Der Minister erinnert an das Bestreben, die Grund- und Gewerbesteuer zu senken und erklärt, daß das, was uns der Finanzausgleich bringe, ein Danaergeschenk sein werde. Auch in Sachen seien die Hauschlachtungen nicht von der Fleischsteuer befreit. Schließlich sei es ein großer Unterschied, ob im Budget 350 000 M. oder 2 Millionen gestrichen werden.

Der Minister bezweifelt, daß die Aufhebung der Fleischsteuer überhaupt den Konsumenten zugutekommen werde.

Der sozialdem. Antrag wird mit Mehrheit bei Stimmhaltung eines Teiles der Abgeordneten abgelehnt, worauf

Abg. Hädert erklärt, daß seine Fraktion nunmehr keine Veranlassung habe, dem Ausschuhentwurf zuzustimmen. Dieser wird gegen die sozialdem. Stimmen angenommen.

Es folgt die Behandlung von

Gesuchen.

Eine Beschwerde über Verweigerung der Annahme von badischen Banknoten an Bahnhäfen, worüber Abg. Seubert (Ztr.) berichtet, wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Abg. Seubert erstattet weiter Bericht über ein Gesuch des Bad. Bauernvereins

zum Spiritusmonopolgesetz

wegen Wahrung der Interessen der badischen Klein- und Abfindungsbrenner. Der Antrag lautet auf empfehlende Überweisung.

Abg. Engelhard (Ztr.) spricht die Erwartung aus, daß die Regierung, wie bisher, energisch ihre Stimme erheben wird.

Abg. Bod (Komm.) kündigt eine Interpellation in Sachen des Offenburger Schwarzbrennerprozesses an.

Abg. Klüber (Bürg. Bgg.) beklagt sich über zu scharfes Vorgehen bei geringfügigen Vergehen. So sei einem Manne der Betrieb geschlossen worden, weil er 2 Liter mehr gebrannt hat.

Abg. Hädert (Soz.) stimmt dem Antrage zu. Er erwartet, daß wirklich nur bei kleinen Vergehen die Genehmigung zur Wiedereröffnung des Betriebes erfolgt.

Finanzminister Dr. Schmitt bittet um Überlassung von Material.

Das Gesuch wird sodann der Regierung empfehlend überwiesen.

Abg. Freilich (Soz.) beantragt als Berichterstatter, die Gesuche der Ortsstelle Heidelberg und Redargerath des Deutschen Beamtenbundes betr. höhere Einreihung dieser Orte im Ortsklassenverzeichnis zur Kenntnisnahme und ein gleiches Gesuch von Ottenau der Regierung empfehlend zu überweisen. Er stellt ferner den Antrag, die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Einkünfte der Gemeinden nachgeprüft, die weitgehende Differenzierung vereinfacht und bei der Neueinteilung große Steuerungsgebiete gebildet werden.

Das Haus stimmte diesen Anträgen ohne Debatte einstimmig zu.

Die Bahnwünsche des Hinterlandes

Es folgen die Eingaben wegen Durchführung der Bahnstrecke Walldürn-Tauberbischofsheim und Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn Osterburken-Werdingen.

Das Haus scheidet von einer Debatte ab. Die Anträge des Haushaltsausschusses auf empfehlende Überweisung werden nach kurzen Darlegungen des Berichterstatters einstimmig angenommen.

Bezüglich der Bahn Walldürn-Tauberbischofsheim wird die Regierung gebeten, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck auf Erfüllung des § 17 des Staatsvertrages zu dringen, und darauf auf baldige Erbauung der beabsichtigten Strecke.

Aber das Gesuch des Gemeinderats Schweinberg betr. die Durchführung der Bahnstrecke Hardheim-Königsheim geht das Haus zur Tagesordnung über.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtet über eine Eingabe des Grund- und Hausbesitzervereins Pforzheim, in der verschiedene Forderungen auf steuerlichem Gebiete aufgestellt werden, wie sofortige Aufhebung der Gebäuderegulierung, Erlassung des letzten Viertels der Grund- und Gewerbesteuer usw.

Der Ausschuh beantragt, das Gesuch in einigen Punkten als durch die Regierungsmittelungen für erledigt zu erklären, bei anderen zur Tagesordnung überzugehen. Er stimmt lediglich in dem Punkte zu, der eine Vereinfachung des Steuerwesens verlangt.

Abg. Herrmann (Bürg. Bgg.) weist darauf hin, daß es sich um eine Entschädigung des Pforzheimer Vereins handle, auf deren Boden er sich sachlich stelle, wenn er ihr auch für die Behandlung im Landtag eine andere Form gegeben hätte.

Die Abg. Dr. Föhr (Ztr.) und Dr. Glodner (Dem.) halten ein materielles Eingehen auf die Entschädigung nicht für angängig und stellen den Antrag, sie lediglich als eingegangen zur Kenntnis zu nehmen.

Nach einer weiteren Geschäftsordnungsdebatte beschließt das Haus in diesem Sinne.

Nächste Sitzung nachm. 1/4 Uhr. Schluß 1 Uhr.

Die Rheinbrückenprojekte gefährdet?

Einem Bericht der „Neuen Wälzischen Landesztg.“ zufolge, ist in einer interfraktionellen Führerbesprechung im Reichstag am vergangenen Freitag eine eventuelle Streichung der für die drei wälzischen Brückenprojekte Ludwigshafen, Speyer und Mainz von Reichswegen in Aussicht gestellten Mittel erörtert worden. Auf Seiten der Reichsregierung sehe man auf dem Standpunkt, daß der Bau der betreffenden Brücken in diesem Jahre doch nicht mehr in Angriff hätte genommen werden können, da die Verhandlungen über die Beteiligung der Länder bzw. Gemeinden und der Reichsbahn an den Kosten der Brückenbauten noch schweben und voraussichtlich nicht so rasch zum Abschluß gebracht werden können. Der Plan des Bundes der drei Brücken sei jedoch von der Regierung keineswegs aufgegeben worden, es könne sich höchstens um eine Verschiebung des Baubeginns um ein Jahr handeln.

Wie das Blatt meldet haben sich die Oberbürgermeister von Karlsruhe, Speyer und Ludwigshafen in dieser Angelegenheit persönlich nach Berlin begeben.

Verschiedenes

Schwerer Unfall durch scheuende Pferde.

Bei Darmstadt scheuten die Pferde eines mit sechs Personen besetzten Wagens. Die Insassen suchten sich durch Abspringen zu retten. Dabei erlitten eine Frau und ein Ehepaar so schwere Verletzungen, daß sie sofort starben. Der einen Frau waren beim Sturz die Haarnadeln in die Schenkelbende gedrungen.

Aus der Landeshauptstadt

Beethoven-Gedächtnisfeier

Wie bereits mitgeteilt, wird am Sonntag den 27. März vormittags die Erinnerung an den 100. Todestag des größten Meisters der Musik in der städtischen Festhalle durch eine vom Staatsministerium und der Stadt Karlsruhe gemeinsam veranstaltete Feier begangen. Sie erfolgt in einem der Landeshauptstadt würdigen Rahmen und gewinnt besondere Bedeutung durch das Mitwirken erster Kräfte und Auftreten von Massenchor mit über 350 Sängern des Landestheater-Singchores, des Gesangsvereins „Vierhülle“, des Lehrer-Gesangsvereins, des Bachvereins, des Choralistenchores und des Gesangsvereins „Niederlang“. Der Eintritt ist frei, und die gesamte Bevölkerung von Karlsruhe ist zu der Feier eingeladen.

Hygiene-Ausstellung „Der Mensch“. Der Eröffnungstag in der Stadt-Ausstellungshalle am nächsten Samstag findet mittags 12 Uhr — nicht, wie zuerst angegeben wurde, um 1/2 12 Uhr — statt. — Für die Belehrung haben sich in ungewöhnlicher Weise bereits viele Karlsruher Ärzte zur Verfügung gestellt. Am Eröffnungstage, Samstag, den 26. b. M., wird um 5 Uhr nachmittags Zahnarzt Dr. Wümel und um 6 Uhr Kinderarzt Dr. Behrens die Führung übernehmen. Am Sonntag, den 27. b. M., führt um 5 Uhr nachmittags Regierungsmedizinalrat Dr. Silberborth und um 6 Uhr Ärztin Fräulein Dr. Maas.

Die Frühjahrsmodenschau Landauer. In den Reihen der Frühjahrsmodenschau folgte sich am Freitag, den 25. b. M., diejenige des Modeschauers Hugo Landauer. Sehr groß war der Kreis der Erschienenen, die viele Räume und Säle des Hotel Germania füllten. Die vorgeführten Hüte stellten die Firmen: G. Hehnitz, Geschwister Schneider und W. & S. Baer, Schuhe das Schuhhaus Simon, Strümpfe Julius Strauß. Im allgemeinen ist festzustellen, daß die Linie der Kleidung sich nicht wesentlich verändert hat. Die Taille ist bei einzelnen Modellen etwas kürzer geworden, die Röcke bleiben eng und kurz. Zuerst zeigte man Kostüme in aparten

Stoff- und Farbzusammenstellungen, teilweise Kombinationen, meist herrenmäßiger Verarbeitung und vorherrschend kurze Jacken. Als Farbe dominierte Schwarzweiß, karott, beige, silber und die neuen blauen Töne, und hierzu stets passende und abwechslungsreiche Blusen. In Kleidern sahen wir für den Nachmittag prachtvolle Neuheiten in Crêpe Georgette, viele darunter in frischer roter Farbe, schwefel und blau mit kleinen Stickereien in gleicher oder bunter Zusammenstellung. Wir sahen unter vielem eine Serie roter Kleider, die in der Zusammenstellung unbeschreiblich schön war. Mäntel wurden die erst jetzt nach dem neuesten Pariser Geschmack entworfen gezeigt. Kascha, Crêpe de Chine und die neuen glänzenden Seidentoffe in allen Farben und Formen herrschen vor. Als Neuheit wurden vorgeführt Seiden-Komplets, Kleider mit Jacken oder Mäntel ohne Ärmel aus Crêpe Georgette und ähnlichen Stoffen, die das Neueste in Farben und Verarbeitung darstellten. Unter den Stillleibern sah man entzückende und originelle Modelle. Die Abendkleider wurden in kostbaren Zusammenstellungen, Perl- und Perlestickereien in ganz weiß, schwarz und in zarten Farben vorgeführt. Der Abend-Mantel und das Cape in schwarz mit gold oder bunten Stickereien. Die Freude an den schönen Dingen, die gezeigt wurden, war groß.

Badisches Landestheater. Am Sonntag, den 27. März, bringt das Landestheater anlässlich des 100. Todestages Ludwig von Beethovens eine Neueinstudierung seiner Oper „Fidelio“. Die vollständig neue Ausstattung des Werkes ist von dem Karlsruher Professor August Wobberger. Die musikalische Leitung hat Generalmusikdirektor Josef Krips, die szenische Leitung Oberregisseur Otto Krauß.

Bad. Konservatorium für Musik. Heute abend findet im Bürgeraal des Rathauses das Beethoven-Gedächtniskonzert des Bad. Konservatoriums für Musik statt. Dieses Kammermusikwerk und Beethovens bringende Konzert ist für den intimen Klangwirkungen in idealster Weise entgegenkommenden Bürgeraal wie geschaffen und läßt, wie der rege Vorverkauf beweist, stärkste Anziehungskraft aus. Das Konzert beginnt um 8 Uhr.

Das Klingler-Quartett, neben dem Busch-Quartett zweifellos die bedeutendste Streich-Quartett-Bereinigung der Gegenwart, wird kommenden Donnerstag abends 8 Uhr im Eintrachsaal den Zyklus der diesjährigen 6 Kammermusikabende der Konzertdirektion Kurt Neufeldt zum Abschluß bringen. Dieser 6. Kammermusikabend ist gleichzeitig das 2. Festkonzert der durch die Firma Neufeldt veranstalteten Beethoven-Gedächtnis-Woche und wird als solches ein besonderes Gepräge erhalten durch die Mitwirkung des Staatschauspielers Ulrich von der Trenck, der in den beiden Rausen das sog. „Heiligenstädter Testament“ und die Leichenrede, die der Dichter Grillparzer am Grabe Beethovens gehalten hat, vorlesen wird. Da für dieses Konzert nahezu 500 Plätze für die Abonnenten reserviert sind, ist die Anzahl der Einzeltickets beschränkt; es ist daher ratfam, Karten im Vorverkauf, Waldstraße 30, zu lösen, wo jetzt noch alle Preisorten vorhanden sind.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Heidelberg, 25. März. Beim Eintreffen des Schnellzuges D 186 Frankfurt-Stuttgart gegen 11.15 Uhr bemerkte Rangierpersonal, daß das Dach des Speisewagens brannte. Da das Feuer nicht im Zugzusammenhang gelöscht werden konnte, mußte der Wagen abgehängt und in die Reparaturwerkstätte gebracht werden, wo der Brand alsbald gelöscht war.

W.D. Ruspilingen, 25. März. In Stetten am kalten Markt fiel es dem Leichenbeschauer auf, daß ein Mauerer innerhalb dreier Jahre das dritte Kind durch den Tod verlor und daß die Leiche jedes Kindes bis auf Haut und Knochen abgemagert war. Durch ärztliches Gutachten wurde festgestellt, daß der Vater, ein notorischer Trinker, das Kind buchstäblich verhungern ließ und daß er die Mutter oft schwer mißhandelte.

Der Verband deutscher Historiker wird seine 16. Tagung gleichzeitig mit dem Verband deutscher Geschichtslehrer vom 18. bis 24. September 1927 in Graz unter Vorsitz von Hofrat Professor Erben abhalten.



Badisches Landestheater
Samstag, 26. März 1927
*E 20 Th.-Gem. 401-600

Die Welt, in der man sich langweilt
von Pailleron

In Szene gesetzt von Ulrich von der Trenck
Herzogin von Réville

Frauenborfer	
Gräfin von Céran	Ermarth
Susanne	Mademacher
Roger	Leitgeb
Bellac	Spiel
Raymond	Kloebie
Jeanne	Clement
Briot	Graf
von Briaux	Perz
Louisonnier	Söder
Saint-Méault	Brüder
Frau von Saint-Méault	

Merk	
Frau von Loudain	Center
Miß Watson	Fein
Frau von Arriego	Röder
Melchior von Boines	

Hofbauer

Batonin von Boines

Hermesdorff

Gajac

Desmillets

François

Diener

Kammerjungfer

Lautenschläger

Anfang 7 1/2 Ende gegen 10

I. Sperrst. Nr. 5.—

So. 27. März Fidelio

Im Konzert. Alt-Heidelberg

No. 28. März

Wie es euch gefällt

Gedächtnis-Feier ZUM 100. TODESTAGE

des großen Meisters deutscher Musik

BEETHOVEN

Sonntag, den 27. März 1927, vormittags 11 1/4 Uhr
im großen Festhalle-Saal

Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor Krips
unter Mitwirkung von

Mary von Ernst (Sopran), Robert Bulz (Tenor),
Magda Strack (Alt), Franz Schuster (Baß)

Das verstärkte Orchester und
der Singchor des Landestheaters
eingeladene hiesige Gesangsvereine

Vortrags-Folge:

1. Ouvertüre zu Goethes „Egmont“
2. Gedächtnisrede:
Professor Dr. Richard Specht, Wien
3. IX. Sinfonie

Die gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt wird zur Teilnahme an der Feier eingeladen

Eintritt unentgeltlich

Staatsministerium Der Oberbürgermeister

Die neue badische Verfassung

(Wortlaut des Gesetzes)

Geheftet M. 0.30 In Umschlag M. 0.40

Jeder badische Staatsbürger muß diese Ausgabe besitzen

Bezug durch alle Buchhandlungen und den
Verlag G. Braun
Karlsruhe (Baden)

Nehmt Musikunterricht bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes
Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen

Polizeibeamtenstelle.

Bei der Stadtgemeinde Walldorf (Baden) ist auf sofort eine planmäßige

Wachtmeisterstelle

in Gruppe IV zu besetzen. Bewerber, welche die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht oder die vom Ministerium des Innern festgesetzte Mindestdienstzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben, wollen ihre Gesuche unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und von Dienstzeugnissen sowie eines Lichtbilds bis spätestens 10. April 1927 anbei einreichen. Persönliche Vorstellung nur auf Aufforderung.

Walldorf (Baden), den 24. März 1927.

Der Bürgermeister: Trunf.

Detektiv-Institut
a. Privat-Rückkauf
„Argus“
Mannheim
O. 6. 6
Planck
Telefon Nr. 3305
R. Maier & Co., G.m.b.H.

1.162. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Hans Bergmann, Kurz-, Weiß- und Wollwarengeschäft in Offenburg, ist Termin zur Ab-

nahme d. Schlußrechnung des Konkursverwalters u. zur Erhebung von Einwendungen gegen dieselbe bestimmt auf:
Dienstag, den 12. April 1927, nachm. 3 Uhr.
Offenburg, 15. 3. 1927.
Der Gerichtsdirektor des Amtsgerichts.

Bühl. 1.161. Künninger, Franz, Wagner in Ottersheim, und Anna geb. Seer dort. Vertrag vom 16. 2. 1927. Gütertrennung.
Bühl, 21. März 1927. Amtsgericht.

Durch Gesellschaftsbeschluss vom 15. 3. 1927 ist die Firma Simon & Co., G. m. b. H. Karlsruhe in Liquidation getreten.

Der unterzeichnete Liquidator fordert die Gläubiger auf, ihre Ansprüche an die Gesellschaft geltend zu machen.

K. 158
Karlsruhe, 24. 3. 1927.
Simon & Co., G. m. b. H. in Liquidation.
Inh. S. Simon.

Das Stoffamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe versteigert am 28. u. 29. 3. und 1. 4. 1927, vormittags 8 Uhr u. nachm. 2 Uhr beginnend in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hof. (Eingang Maxaubahnhof) öffentlich gegen Barzahlung Fundstücken vom 4. Vierteljahr 1926 und unanbringliche Frachtgüter, darunter ein Brillantiring, Schmuck, Armabanduhren, Feisgläser, Herrenfahräder, eine Gitarre. Die besonders genannten Gegenstände werden am 28. 3. 1927 b. 10 Uhr vorm. an ausgetoten. K. 160

Billige

Sonntagskarten zum Besuch der Frankfurter Messe 27.-30. März.



Gültig ab Samstag mittags 12 Uhr. — Rückreise muß Montag früh 9 Uhr angetreten sein.

Meßausweise zum Vorverkaufspreis bei E. P. Hieke, Karlsruhe, Kaiserstraße 215, oder durch das Meßamt Frankfurt a. Main. 220

An die Herren Bürgermeister in Baden



Das Buch von Dr. Lempen **Jeder Landwirt der Gebietsbehelfer seiner Haustiere**

wurde soeben allen Bürgermeisterämtern zugestellt. Verschämen Sie nicht, das Buch zum Vorzugspreis von Mark 1.60 für Ihre Gemeinde zu sichern
Jede Gemeinde sollte mindestens 10 Exemplare, größere Gemeinden 20-30 Stück sofort bestellen, um speziell der jüngeren Generation ein wertvolles Anschauungsmaterial zu bieten
Bestellen Sie noch heute direkt bei der **Buchhandlung Weiland & Co. Lörrach (Baden)**